

N i e d e r s c h r i f t

über die 23. Sitzung des Rates in seiner 6. Wahlperiode am 29.05.2002 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Belger, Hans-Martin	SPD-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
Dr. Budde, Johannes	CDU-Fraktion
Budig, Detlef	SPD-Fraktion
Butschko, Peter	CDU-Fraktion
Ditz, Hans-Joachim	CDU-Fraktion
Geyer, Jens	SPD-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz anwesend bis einschl. TOP Ö 18., 21.03 Uhr	CDU-Fraktion
Goller, Werner	SPD-Fraktion
Greis, Peter	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Hackel, Gabriele	CDU-Fraktion
Haupt, Sascha	Fraktion PETO
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Knauer, Ariane	SPD-Fraktion
Dr. Knops, Hans Joachim	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Liebe, Luda (Entschuldigt fehlend)	Fraktion MBM/F.D.P.
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Neufeldt, Friederike	CDU-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Ockel, Reinhard	CDU-Fraktion
Odendahl, Heidrun	CDU-Fraktion
Prondzinsky, Marion	CDU-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Raabe, Peter	CDU-Fraktion

Richrath, Martin	CDU-Fraktion
Sander, Dieter	SPD-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Scheige, Gerardo	Fraktion PETO
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Schunke, Dieter	SPD-Fraktion
Senft, Harald	CDU-Fraktion
Stamm, Andrea	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Stapper, Norbert	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Tonn, Elisabeth	SPD-Fraktion
von Wallis, Winfried	Fraktion MBM/F.D.P.
Spiecker, Gerd	Verwaltung
Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe	Verwaltung
Warden, Marion	Verwaltung
Müchler, Gerhard	Verwaltung
Dr. Hennen, Karl-Heinz	Verwaltung
Brock, Hans Peter	Verwaltung
Herforth, Gisela	Verwaltung
Mittmann, Georg	Verwaltung
Kirberg, Inge	Verwaltung

Beginn der Sitzung 18:05 Uhr

Ende der Sitzung 22:16 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. 2002/0197 Verleihung des Umweltpreises der Stadt Monheim am Rhein an die Astrid-Lindgren-Schule
- Ö 3. Kenntnisnahme der Niederschriften vom 28.02.2002 und 13.03.2002
-öffentlicher Teil-
- Ö 4. 2002/0199 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 13.03.2002
- Ö 5. 2002/0202 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.05.2002
"Nachhaltige Regenwasserbewirtschaftung"
- Ö 6. 2002/0189 Rahmenplanung Monheim-Süd
- Überarbeitung des Zwischenberichtes
- Ö 0. Bürgerfragestunde
- Ö 7. 2002/0196 33. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Monheim am Rhein
(Robert-Koch-Straße)
- Behandlung der Anregungen
- Feststellungsbeschluss
Bebauungsplan Nr. 98 M (westlich Robert-Koch-Straße)
- Behandlung der Anregungen
- Satzungsbeschluss
- Ö 8. 2002/0132 Stadterneuerung Altstadt Monheim, I. und II. Abschnitt
- Beschluss der Aufhebung des förmlich festgesetzten Sanierungsgebietes (Aufhebung der Sanierungssatzung gemäß § 126 BauGB)
- Ö 9. 2002/0127 Bebauungsplan Nr. 10 B - 3. Änderung
(Holzweg/Bonhoefferstraße/Carlo-Mierendorff-Straße)
- Satzungsbeschluss
- Ö 10. 2002/0068 Bebauungsplan Nr. 47 B - 1. Änderung (südlich Schallenstraße) für den Bereich südlich der Grundstücke Schallenstraße 11 - 19
- Behandlung der Bedenken und Anregungen
- Satzungsbeschluss
- Ö 11. 2002/0192 Erlaß einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen anlässlich des 'Schürefestes' am Sonntag, dem 07.07.2002

- Ö 12. 2002/0124 Satzung zur 1. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 28.02.2000 sowie Änderung der Zuständigkeitsordnung (Erweiterung der Kompetenzen des bisherigen Ausschusses für Soziale Angelegenheiten)
- Ö 13. 2002/0002 Altersteilzeit für Beamte und Beamtinnen gem. § 78 d Landesbeamtengesetz NW (LBG NW)
- Ö 14. 2002/0172 Jahresrechnung und Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2001
- Ö 15. 2002/0223 Umwidmung von Haushaltsmitteln
- Ö 16. 2002/0198 Antrag der Fraktion MBM/F.D.P. vom 13.05.2002
"Überarbeitung/Aktualisierung und Neuauflage eines 'Kultur-Kompass der Stadt Monheim am Rhein' "
- Ö 17. 2002/0204 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.05.2002
"Gewährung des Windelbonus für Kinder bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres"
- Ö 18. 2002/0205 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.05.2002
"Waffenbesitzkarte"
- Ö 19. Mündliche Mitteilungen
- Ö 20. Mündliche Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

- NÖ 21. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- NÖ 22. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung
-nichtöffentlicher Teil-
- NÖ 23. 2002/0200 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 13.03.2002
- NÖ 24. 2002/0190 Vertragsangelegenheit
- NÖ 25. 2002/0175 Vertragsangelegenheit
- NÖ 26. 2002/0217 Mitteilung
Auftragsvergabe
- NÖ 27. Mündliche Mitteilungen
- NÖ 28. Mündliche Anfragen

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Dünchheim eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er verweist darauf, dass erforderliche Änderungen der Tagesordnung nach der Verleihung des Umweltpreises unter TOP Ö 3. behandelt werden.

Ö 2. 2002/0197 Verleihung des Umweltpreises der Stadt Monheim am Rhein an die Astrid-Lindgren-Schule

Herr Bürgermeister Dünchheim zeichnet die Astrid-Lindgren-Schule mit dem Umweltpreis der Stadt Monheim am Rhein für das Jahr 2001 aus. Er überreicht der Vertreterin der Schule, Lehrerin Frau Tschoetschel, die mit vier Schülerinnen und Schülern erschienen ist, Urkunde und Dotierung.

**Ö 3. Kenntnisnahme der Niederschriften vom 28.02.2002 und 13.03.2002
-öffentlicher Teil-**

Herr Bürgermeister Dünchheim verweist auf drei Tischvorlagen, die alle Ratsmitglieder vor der Sitzung erhalten haben:

Ergänzung zu Drucksache-Nr. 2002/0196 öffentlich 33. Änderung FNP, B-Plan Nr. 98 M

Drucksache-Nr. 2002/0223 öffentlich Umwidmung von Haushaltsmitteln

Drucksache-Nr. 2002/0217 nichtöffentlich Mitteilung - Auftragsvergabe

Gegen die Erweiterung der Tagesordnung um diese beiden Punkte ergeben sich keine Einwendungen.

Der Bürgermeister teilt mit, dass TOP Ö 10., Drucksache-Nr. 2002/0118 Modellprojekt des Landes NRW "Junge Armut" von der Tagesordnung abgesetzt wird; die Angelegenheit wird mit neuer Vorlage nochmals in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses behandelt.

Die Fraktion Die Grünen beantragt, ihren Antrag "Nachhaltige Regenwasserbewirtschaftung" (TOP Ö 16.) vorzuziehen und unter TOP Ö 5. zu behandeln, um Doppeldiskussionen zu vermeiden. Auch hiergegen gibt es keine Einwände.

Die SPD-Fraktion verweist auf ihren Antrag, dass in der heutigen öffentlichen Sitzung Informationen zum Brandschutzbedarfsplan gegeben werden.

Der Bürgermeister betont, dass die Verwaltung unter dem TOP "Mündliche Mitteilungen" berichten wird. Der Antrag konnte nicht mehr auf die Tagesordnung gesetzt werden, da er zu spät einging.

Mit den o.a. Änderungen ergibt sich die in dieser Niederschrift enthaltene Tagesordnung.

Der Rat nimmt die Niederschriften vom 28.02.2002 und 13.03.2002 - öffentlicher Teil - zur Kenntnis.

Ö 4. 2002/0199 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 13.03.2002

Der Rat nimmt den Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 13.03.2002 zur Kenntnis.

Ö 5. 2002/0202 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.05.2002 "Nachhaltige Regenwasserbewirtschaftung"

Die Fraktion Die Grünen begründet ihren Antrag eingehend und macht ihre Forderung deutlich, dass die Regenwasserversickerung in neu errichteten Wohngebieten und neu errichteten Gewerbegebieten entsprechend der Regelung im Landeswassergesetz ab sofort der Regelfall wird. Sie verweist hierzu auf die u.a. in den Bebauungsplanverfahren 10 B 3. Änderung und 98 M von den Trägern öffentlicher Belange gemachten Forderungen.

Die CDU-Fraktion verweist auf ihre zustimmende Haltung in der Vergangenheit in der Frage der Versickerung, hält dies jedoch in dicht besiedelten Wohngebieten aus Platzgründen für problematisch. Sie weist darauf hin, dass mit einer solchen Entscheidung auch eine Satzungsänderung einhergehen muss, da ein anderer Maßstab zu Grunde zu legen ist. Sie schlägt vor, den Antrag an den Fachausschuss zu verweisen und dort zu beraten mit der Maßgabe an die Verwaltung, die einzelnen Punkte des Antrages zu prüfen und zu berichten.

Die SPD-Fraktion steht dem Antrag positiv gegenüber und schlägt vor, heute die Grundsatzentscheidung in der Frage der Versickerung zu treffen und die Verwaltung zu beauftragen, die entsprechenden Schritte einzuleiten und die Angelegenheit dann dem Fachausschuss vorzulegen.

Der Bürgermeister stimmt diesem Verfahrensvorschlag zu.

Auch der Vertreter der Fraktion MBM/F.D.P. begrüßt die Zielsetzung des Antrages und plädiert dafür, heute darüber abzustimmen.

In der Diskussion widerspricht die Fraktion Die Grünen der Darstellung der CDU-Fraktion und ist der Meinung, dass auch in dicht besiedelten Gebieten immer eine Lösung zur Versickerung gefunden werden kann, wenn im Bebauungsplanverfahren entsprechende Festsetzungen erfolgen. Sie verweist auf die finanziellen Vorteile für die Bürger und hält eine Satzungsänderung erst für den zweiten Schritt. Sie unterstreicht, dass heute eine politische Grundsatzentscheidung in der Frage der Versickerung zu treffen ist und alle weiteren Detailfragen von der Verwaltung geprüft und im Fachausschuss behandelt werden können.

Der Bürgermeister hält diesen Kompromissvorschlag für einen gangbaren Weg.

Dem widerspricht die CDU-Fraktion. Sie macht deutlich, dass sie dem Antrag nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber steht, jedoch an ihrem Verfahrensvorschlag, ihn im Fachausschuss grundlegend zu beraten, fest hält.

Die Fraktion Die Grünen beantragt, über Ziff. 1 und 3 ihres Antrages (Versickerung von Dachablauf-Regenwasser in neu errichteten Wohngebieten und neu errichteten Gewerbegebieten wird der Normalfall) abzustimmen und die übrigen Punkte an die Verwaltung zur Prüfung zu verweisen mit der Maßgabe, die Angelegenheit nach Prüfung dem Fachausschuss vorzulegen.

Herr Bürgermeister Dünchheim entscheidet nach einem Einwand aus der CDU-Fraktion zur Frage, welcher Antrag der weitergehende ist, dass er über diesen modifizierten Antrag des Antragstellers abstimmen lässt.

Der Antrag wird bei 19 Stimmen dafür (13 SPD, 3 Grüne, 2 Peto, 1 MBM) und 1 Enthaltung (BM) mit 20 Stimmen (CDU) abgelehnt.

Ö 6. 2002/0189 Rahmenplanung Monheim-Süd - Überarbeitung des Zwischenberichtes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Grüne vom 24.05.2002 vor, der allen Ratsmitgliedern bekannt ist.

Die SPD-Fraktion führt aus, dass die heute vorgelegte Planung den 1998 im Grundsatzbeschluss zur Rahmenplanung Monheim Süd definierten Planungszielen widerspricht. Die SPD-Fraktion stehe zu diesen Planungszielen und sei auch weiterhin der Auffassung, dass die Freiflächen im Monheimer Süden als Grün- und Erholungsflächen erhalten bleiben und weiterentwickelt werden müssen. Sie verweist auf ihren mit der Fraktion Die Grünen gestellten Antrag und lehnt eine Bebauung der Freibadfläche und der Bürgerwiese ab.

Sie bittet um getrennte Abstimmung zu den einzelnen Punkten des Beschlussvorschlages, da sie einigen Punkten nicht zustimmen werde und beantragt folgende Änderungen:

Zu Ziff. 3.: **Vorhalten** von Parkplatzflächen ...

Zu Ziff. 4.: Überprüfung einer nach Süden orientierten verkehrlichen Anbindung des Berliner Viertels an die "Alfred-Nobel-Straße". (Streichung des weiteren Textes)

Die Fraktion Die Grünen verweist ebenfalls auf den vorliegenden Antrag zur Sache und betont, dass die Rahmenplanung Monheim-Süd das letzte große zusammenhängende Gebiet von Freiflächen in Monheim umfasst, mit der jetzt die Weichen für die Zukunft gestellt werden. Dem Gebiet der Baggerseen westlich des Monbagesees komme eine herausragende Bedeutung zu, da es eine Verbindung schaffe zwischen dem Monbagesee und den dahinter liegenden landwirtschaftlichen Flächen und dem Kniprath Wald sowie den Flächen im Deichgebiet. Schon heute habe dieses Gebiet große Bedeutung als Erholungsfläche für das Berliner Viertel. Die Fraktion Die Grünen halte nach wie vor die erste Fassung der Rahmenplanung Süd für das stimmige und richtige Konzept, das der Bedeutung dieses Bereiches voll und ganz gerecht werde. Sie plädiert dafür, das Mona Mara an die südlich sich anschließenden Freiflächen anzubinden und damit langfristig sich bietende Synergieeffekte zu nutzen; sie bedauert, dass dies nicht, wie von ihr angedacht, im Gutachten zur Bädersituation mit untersucht wurde. Vor dem Hintergrund langfristig stagnierender Bevölkerungszahlen gehe es darum, den Standortvorteil, den Monheim durch seine attraktive Lage habe, durch die richtige Planung im Monheimer Süden zu erhalten.

Die Fraktion Die Grünen lehnt eine Überbauung des Freibadgeländes und der Bürgerwiese ab und fordert, dass diese Flächen als Freiraum für Erholungsnutzungen erhalten bleiben.

Die CDU-Fraktion widerspricht der Darstellung, dass das in der Verwaltungsvorlage dargestellte Planungskonzept Erholungs- und Freizeitnutzungen verhindert. Sie ist vielmehr der Meinung, dass die jetzt vorgestellte Planung eine Verbesserung bringe. Sie verweist u.a. auf die Zurücknahme der Überplanung des Heinrich-Häck-Stadions, Schaffung weiterer Parkplätze für die Kleingärtner, weitere Anbindung des Berliner Viertels nach Süden, Rundweg um die Baggerseen. Mit der Verlegung der Bürgerwiese solle die Möglichkeit eines ähnlichen Freizeitangebots eröffnet werden, wie es auf Hitdorfer Gebiet mit dem Badesees geschaffen wurde. Dort könnten dann weitere Projekte verwirklicht werden, für die sich bisher kein Standort habe finden lassen, wie z.B. Skater-Anlage und Abenteuerspielplatz. Mit diesen Maßnahmen werde das Freizeit- und Erholungsangebot erheblich erweitert.

Die CDU-Fraktion stimmt der Beschlussvorlage zu.

Der Vertreter der Fraktion MBM/F.D.P. kritisiert, dass mit dem vorgelegten Planungskonzept eine weitere Versiegelung erfolgt und die letzten vorhandenen Freiflächen weitgehend vernichtet werden. Mit den neu geplanten Gewerbegebieten an der Daimlerstraße und Baumberg-Ost, dem angrenzenden Hellerhof und dem von Langenfeld geplanten Gewerbegebiet bestehe dann eine durchgehende einheitliche betonierte Fläche ohne Freiraum. Er betont, dass zur Lebensqualität in einer Stadt Grün- und Freiflächen gehören und spricht sich für die Erhaltung der Bürgerwiese, des Freibades und der Freiflächen aus. Er stimmt dem Antrag der Fraktionen SPD und Grüne zu.

An die Stellungnahmen der Fraktionen schließt sich eine Diskussion an, in der die einzelnen Standpunkte vertieft werden.

Die SPD-Fraktion räumt selbstkritisch alte Sünden ein, weil man in der Vergangenheit bereits zu weit gegangen sei und betont, dass jetzt die Notbremse gezogen werden müsse. Sie verwirft die Idee der CDU-Fraktion, am südlichen Ende des Krämer-Sees auch die Skater-Anlage unterzubringen, weil dieser Standort zu weit entfernt gelegen ist und macht deutlich, dass die jetzige Bürgerwiese das ideale Erholungsgebiet für das Berliner Viertel ist.

Die Fraktion Die Grünen ist der Meinung, dass der Krämer-See auf lange Sicht wegen der vorhandenen Altlasten nicht zur Verfügung stehen wird und verweist im Übrigen auf das Konkurrenzangebot in Hitdorf. Auch sie hält die Errichtung der Skater-Anlage in diesem Bereich für unsinnig und für die Jugendlichen für unzumutbar. Sie hebt hervor, dass man mit der Verlegung der Bürgerwiese ein neues Bürgerbegehren heraufbeschwört. Sie kündigt politischen Widerstand in dieser Sache an und macht deutlich, dass die Bürgerwiese nicht verlegt, sondern aufgewertet werden muss.

Die CDU-Fraktion bleibt bei ihrem Standpunkt und stimmt der Planung zu, die sie für eine ausgewogene städtebauliche Gesamtkonzeption hält.

Die Änderungsanträge der SPD-Fraktion zu Ziff. 3 und 4 des Beschlussvorschlages werden mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss

Die Rahmenplanung wird unter Maßgabe der folgenden Änderungspunkte als Zielvereinbarung für die weitere Bauleitplanung verabschiedet (die Ziffern beziehen sich auf die Planskizze in Anlage 1 der Beschlussvorlage):

1. Rücknahme der Überplanung des Heinrich-Häck-Stadions; damit einhergehend Wegfall der Darstellung einer alternativen Stadionfläche im Bereich „Auf der Heide“; Vorhaltung dieser Fläche für die Freizeit und Erholungsnutzung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2. Östliche Erweiterung der Wohnbauflächen gemäß dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes 95 M (südlich Zaunswinkel) unter Beibehaltung der vorgeschlagenen Grünachse und Aufnahme der Wegebeziehung sowie Arrondierung der Wohnfläche gemäß Bebauungsplanung Nr. 98 M.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 21 Stimmen (BM, 20 CDU)

dagegen: 19 Stimmen (13 SPD, 3 Grüne, 2 Peto, 1 MBM)

3. Schaffung ausreichender Parkplatzflächen im Bereich "An der Heide" unter Berücksichtigung des vorhandenen Potentials an der „Alfred-Nobel-Straße“.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 21 Stimmen (BM, 20 CDU)

dagegen: 19 Stimmen (13 SPD, 3 Grüne, 2 Peto, 1 MBM)

4. Überprüfung einer nach Süden orientierten verkehrlichen Verbindung des Berliner Viertels an die „Alfred-Nobel-Straße“ vom Kreuzungsbereich Kurt-Schumacher-Straße / Erich-Klausener-Straße über das Freibadgelände und die Straße „Heide“ und Aufgabe der Trasse der ursprünglich geplanten L 402 n.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 21 Stimmen (BM, 20 CDU)

dagegen: 19 Stimmen (13 SPD, 3 Grüne, 2 Peto, 1 MBM)

5. Attraktive Gestaltung der Zugänglichkeiten des Freiraumes aus dem Berliner Viertel.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

6. Bereich zur Aufstellung eines Bauleitplanes, in dem die Freizeit- und Erholungsnutzung am Krämer-See einschließlich der Anlage der Bürgerwiese, sowie der Entwicklung einer baulichen Nutzung am Nordkopf des Sees sowie im nordwestlichen Bereich einschließlich der Liegewiese des mona mare geklärt werden soll (Beschluss des Rates vom 09.11.2000).

Abstimmungsergebnis:

dafür: 21 Stimmen (BM, 20 CDU)

dagegen: 19 Stimmen (13 SPD, 3 Grüne, 2 Peto, 1 MBM)

7. Anpassung der dargestellten gewerblichen Bauflächen nordwestlich der „Alfred-Nobel-Straße“ an die entsprechende Abgrenzung gemäß Bebauungsplan Nr. 59 M.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 21 Stimmen (BM, 20 CDU)

dagegen: 19 Stimmen (13 SPD, 3 Grüne, 2 Peto, 1 MBM)

8. Es werden keine neuen Wohnbauflächen südlich der Treptower Straße ausgewiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 0. Bürgerfragestunde

Beginn: 19.47 Uhr

Ein Bürger kritisiert die seiner Meinung nach völlig unsachgemäße Ausführung von Straßenausbesserungsarbeiten mit Teer, z.B. in der Schubertstraße. Er fragt was die Verwaltung zu tun gedenkt.

Herr Bürgermeister Dünchheim sagt zu, dass sich der zuständige Sachbearbeiter mit dem Beschwerdeführer in Verbindung setzt, um die kritisierten Stellen zu erfragen und dann tätig zu werden.

Weiter fragt der Bürger kritisch nach, ob bei der am Gertrud-Borkott-Haus neu errichteten Querungshilfe die Verkehrssicherheit berücksichtigt wurde.

Die Verwaltung antwortet, dass der Verkehr an dieser Stelle durch die Verengung verlangsamt wird und damit insgesamt eine Verkehrsberuhigung eintritt.

Ende: 19.51 Uhr

- Ö 7. 2002/0196 33. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Monheim am Rhein**
(Robert-Koch-Straße)
- Behandlung der Anregungen
- Feststellungsbeschluss
Bebauungsplan Nr. 98 M (westlich Robert-Koch-Straße)
- Behandlung der Anregungen
- Satzungsbeschluss

Die Verwaltung verweist auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende ergänzende Tischvorlage und erläutert sie.

Der Bürgermeister berichtet, dass die Verwaltung nach Gesprächen mit den Anliegern der Robert-Koch-Straße zu der Auffassung gelangt ist, entgegen der bisherigen Entscheidung die Verkehrssituation am Kindergarten Brückenschleeweg doch auf mögliche Optimierungsmöglichkeiten untersuchen zu lassen. Er schlägt deshalb eine Erweiterung des Beschlussvorschlages um Ziff. 4 vor:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verkehrssituation am Brückenschleeweg zur Erreichbarkeit des AWO-Kindergartens durch das Verkehrsplanungsbüro VIA untersuchen zu lassen.

Der Sprecher der Fraktion Die Grünen lehnt eine Splittung der Regenwasserbewirtschaftung in diesem Planbereich entschieden ab. Er beantragt, über diesen Punkt heute nicht zu beschließen, sondern darüber im Zusammenhang mit der grundsätzlichen Diskussion über die

Regenwasserbewirtschaftung im Fachausschuss zu befinden. Der Sprecher wirft der Verwaltung vor, Ausnahme und Regel umzukehren und kündigt eine Kontaktaufnahme mit der Bezirksregierung an, um dort die Handhabung der Verwaltung überprüfen zu lassen.

Die SPD-Fraktion verweist auf ihre ablehnende Haltung, die sie in der Ratssitzung vom 13.03.2002 bereits begründet hat. An dieser Ablehnung habe sich, auch nach der Vorstellung des Architektenentwurfs des geplanten Verwaltungsgebäudes, nichts geändert.

Die CDU-Fraktion führt u.a. aus, dass in Gesprächen mit den Anwohnern insbesondere die Bedenken hinsichtlich des Bürogebäudes größtenteils ausgeräumt werden konnten, da der Bürogebäudekomplex gestaffelt wurde. Sie bleibt bei ihrer in der letzten Sitzung bereits begründeten Zustimmung zum Planungskonzept.

Die Fraktion Die Grünen lehnt die Beschlussvorlage ab. Sie bemängelt insbesondere die in keinem Verhältnis zur bisherigen Situation stehende Verringerung der Freiflächen und kritisiert, dass die Fortsetzung des Biotopverbundes durch die vorgesehene Bebauung nicht mehr sichergestellt ist. Sie ist der Meinung, dass eine Versickerung im gesamten Bebauungsplanbereich möglich und sinnvoll ist. Die Ansiedlung einer Firma sieht die Fraktion Die Grünen positiv, favorisiert hierfür jedoch den Bereich gegenüber der Fa. Bayer, wo bereits Baurecht für Gewerbeansiedlungen besteht. Sie begrüßt die Initiative der Verwaltung, die Verkehrsverhältnisse am Kindergarten Brückenschleeweg doch nochmals gutachterlich untersuchen zu lassen. In diesem Zusammenhang macht sie deutlich, dass sie ihr gegenüber geäußerte Forderungen, Kindergärten und Kinderspielplätze als Lärmquellen in einem Wohngebiet abzulehnen, scharf zurückweist und nicht zum Handlungsmaßstab machen wird.

Beschluss

1. Die Anregungen, wie sie in Anlage 1.1 der Beschlussvorlage aufgeführt sind, werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlage 1.2 zur Drucksache behandelt.
2. Die 33. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Monheim am Rhein (Robert-Koch-Straße) wird beschlossen. Der Erläuterungsbericht gem. § 5 (5) BauGB ist der Flächennutzungsplanänderung beigelegt.
3. Der Bebauungsplan Nr. 98 M (westlich Robert-Koch-Straße) wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 (8) BauGB eine Begründung beigelegt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verkehrssituation am Brückenschleeweg zur Erreichbarkeit des AWO-Kindergartens durch das Verkehrsplanungsbüro VIA untersuchen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 21 Stimmen (BM, 20 CDU)

dagegen: 19 Stimmen (13 SPD, 3 Grüne, 2 Peto, 1 MBM)

**Ö 8. 2002/0132 Stadterneuerung Altstadt Monheim, I. und II. Abschnitt
- Beschluss der Aufhebung des förmlich festgesetzten
Sanierungsgebietes (Aufhebung der Sanierungssatzung gemäß
§ 126 BauGB)**

Beschluss

Das förmlich festgelegte Sanierungsgebiet mit den Abschnitten I. und II. der Altstadt Monheims wird nach Durchführung der Sanierung gemäß § 162 BauGB aufgehoben.

Der I. Abschnitt des Sanierungsgebietes betraf die Gebiete um die „Alte Schulstraße“, die „Turmstraße“, die „Zollstraße“ und die „Freiheit“.

Der II. Abschnitt des Sanierungsgebietes betraf die Gebiete um die „Poststraße“ von der „Alten Schulstraße“ bis zur „Biesenstraße“, die „Krummstraße“ von der „Frohnstraße“ bis zur Brauerei Bambeck und Peters, die „Grabenstraße“ von der „Frohnstraße“ bis zur „Kirchstraße“, die „Franz-Böhm-Straße“ und die „Frohnstraße“.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

**Ö 9. 2002/0127 Bebauungsplan Nr. 10 B - 3. Änderung
(Holzweg/Bonhoefferstraße/Carlo-Mierendorff-Straße)
- Satzungsbeschluss**

Beschluss

1. Die vorgebrachten Anregungen werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Sachdarstellung zur Drucksache behandelt.
2. Die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10 B wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 36 Stimmen (BM, 20 CDU, 12 SPD, 2 Peto, 1 MBM)
dagegen: 3 Stimmen (Grüne)

Ratsherr Sander hatte zu diesem Tagesordnungspunkt Ausschließungsgründe angezeigt und im Zuhörerraum Platz genommen.

**Ö 10. 2002/0068 Bebauungsplan Nr. 47 B - 1. Änderung (südlich Schallenstraße)
für den Bereich südlich der Grundstücke Schallenstraße 11 - 19
- Behandlung der Bedenken und Anregungen
- Satzungsbeschluss**

Beschluss

1. Die Anregungen, wie sie in Anlage 2 zur Drucksache vorgebracht wurden, werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlage 3 zur Drucksache behandelt.
2. Die vereinfachte 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 47 B wird gem. § 10 BauGB in Verbindung mit § 13 BauGB als Satzung beschlossen. Zu der Bebauungsplanänderung gehört die Begründung gem. § 9 Abs. 8 BauGB.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 11. 2002/0192 Erlaß einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen anlässlich des 'Schürefestes' am Sonntag, dem 07.07.2002

Herr Bürgermeister Dünchheim verweist darauf, dass der Haupt- und Finanzausschuss keine Beschlussempfehlung abgegeben hat, weil zunächst Altstadtfunken und Treffpunkt e.V./Werbegemeinschaft Rathaus-Center zu einer Abstimmung aufgefordert werden sollten, um bestehende Bedenken hinsichtlich konkurrierender Veranstaltungen auszuräumen. Er verliest die Antwort des Treffpunktes vom 29.05.2002, die allen Fraktionen zugegangen ist. Die Beteiligten haben sich darauf verständigt, zur Durchführung des verkaufsoffenen Sonntags keine Stände zum Verkauf von Speisen und Getränken, keine Fahrgeschäfte und keine Bühnenprogramme aufgeboten werden. Diese Absprache hält der Bürgermeister für die Genehmigung als ausreichend.

Hinsichtlich des vom Treffpunkt erwähnten Stimmungsbildes in seiner Mitgliedschaft verweisen CDU- und SPD-Fraktion darauf, dass es parteiübergreifend gemeinsames Interesse ist, die Bemühungen des Monheimer Einzelhandels zu unterstützen und den Standort Monheim nach Kräften zu fördern. Nachdem die bestehenden Bedenken ausgeräumt wurden, stehe einer Zustimmung nichts mehr im Wege.

Ein Mitglied der Fraktion Die Grünen stellt die Attraktivität des verkaufsoffenen Sonntags ohne begleitende Aktivitäten in Frage und verweist darauf, dass das Schürefest sich nur im Breich des Kradepohls abspielt.

Ein Mitglied der CDU-Fraktion erklärt, dass er aus christlicher Überzeugung gegen den verkaufsoffenen Sonntag stimmen wird.

Beschluss

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen anlässlich des Schürefestes am 07.07.2002 wird beschlossen.

Die Verordnung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

dafür	34 Stimmen (BM, 18 CDU, 12 SPD, 2 Peto, 1 MBM)
dagegen	4 Stimmen (3 Grüne, 1 CDU)
Enthaltung	1 Stimme (CDU)

Ratsfrau Tonn (SPD) war während der Beratung dieses Tagesordnungspunktes nicht anwesend.

Ö 12. 2002/0124 Satzung zur 1. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 28.02.2000 sowie Änderung der Zuständigkeitsordnung (Erweiterung der Kompetenzen des bisherigen Ausschusses für Soziale Angelegenheiten)

Beschluss

1. Die Satzung zur 1. Änderung der „Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 28.02.2000“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung ist Bestandteil dieses

2. Die allgemeinen Richtlinien des Rates der Stadt Monheim am Rhein über Zuständigkeiten der Ausschüsse und des Bürgermeisters (Zuständigkeitsordnung) vom 01.10.1999 in der aktuellen Fassung wird wie folgt geändert:

Es wird ein neuer Punkt 3.5 eingefügt.

3.5 Ausschuss für öffentliche und soziale Angelegenheiten

Der Ausschuss für öffentliche und soziale Angelegenheiten entscheidet zudem insbesondere über

- a) Angelegenheiten der Feuerwehr, insbesondere die Baumaßnahmen
- b) Den Abschluss von Miet- und Pachtverträgen in Bezug auf Gebäude oder Grundstücke, die zur Zuständigkeit der Feuerwehr gehören.
- c) Angelegenheiten des Ordnungsbüros, des Bürgerservice, des Betriebshofes und der Jugendwerkstatt.
- d) Angelegenheiten der Hilfe zum Lebensunterhalt, der Senioren- und Behindertenarbeit sowie der Asylbewerber, Aus- und Übersiedler
- e) Ausländerangelegenheiten

Die Änderung der Zuständigkeitsordnung tritt am 01.06.2002 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 13. 2002/0002 Altersteilzeit für Beamte und Beamtinnen gem. § 78 d Landesbeamtengesetz NW (LBG NW)

Beschluss

Von der Anwendung der Vorschrift zur Altersteilzeit für Beamte und Beamtinnen gem § 78 d Landesbeamtengesetz NW (LBG) wird abgesehen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 14. 2002/0172 Jahresrechnung und Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2001

Beschluss

Das Ergebnis der Jahresrechnung sowie der Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2001 werden zur Kenntnis genommen.

Die Haushaltsrechnung wird mit dem Rechenschaftsbericht dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung gemäß § 94 GO NW zugeleitet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 15. 2002/0223 Umwidmung von Haushaltsmitteln

Herr Bürgermeister Dünchheim verweist auf die vorgelegte Tischvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt.

Nach der Beantwortung von Fragen aus der SPD- und CDU-Fraktion fasst der Rat folgenden

Beschluss

Wegen Dringlichkeit zieht der Rat die Entscheidung über die Umwidmung von Haushaltsmitteln an sich.

Gem. § 7 Abs. 2 der Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Jahr 2002 werden von den bei der HHSt 7700.9350.00 etatisierten 100.000 € für die Beschaffung eines Großflächenrasenmähers anstelle einer kleinen Kehrsaugmaschine 35.000 € umgewidmet.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 39 Stimmen (BM, 19 CDU, 13 SPD, 3 Grüne, 2 Peto, 1 MBM)

Enthaltung 1 Stimme (CDU)

**Ö 16. 2002/0198 Antrag der Fraktion MBM/F.D.P. vom 13.05.2002
"Überarbeitung/Aktualisierung und Neuauflage eines 'Kultur-
Kompass der Stadt Monheim am Rhein' "**

Die CDU-Fraktion stimmt dem Antrag inhaltlich zu, plädiert jedoch für eine Überweisung an den zuständigen Fachausschuss.

Die Fraktion Die Grünen verweist auf den Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 15.12.1999, mit dem die Verwaltung bereits mit der Überarbeitung des Kulturkompasses und der Erarbeitung eines "historischen Rundweges" sowie der Erneuerung der Tafeln an den denkmalwerten Gebäuden beauftragt wurde und hierfür 10.000 DM bereitgestellt wurden. Trotz wiederholter Anmahnung sei dieser Beschluss nicht umgesetzt worden. Die Fraktion Die Grünen regt in diesem Zusammenhang an, auf dem Euroga-Gelände zwei Schaukästen aufzustellen, in denen städtische Veranstaltungen beworben werden.

Die Verwaltung räumt ihr Versäumnis ein sagt jedoch zu, dass eine überarbeitete Fassung des Kulturkompasses noch in diesem Jahr erscheinen wird. Auch hinsichtlich der weiteren Aufträge aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 15.12.1999 sagt sie eine zügige Umsetzung zu.

Nach dieser Erklärung erklärt der Vertreter der Fraktion MBM/F.D.P. den Antrag für gegenstandslos.

**Ö 17. 2002/0204 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.05.2002
"Gewährung des Windelbonus für Kinder bis zur Vollendung
des 3. Lebensjahres"**

Die Verwaltung verweist darauf, dass der Windelbonus außer bei Kindern bis zur Vollendung des zweiten Lebensjahres nur bei ärztlich bescheinigter dauerhafter Inkontinenz gewährt wird. Zz. gewähre die Verwaltung lediglich in vier Fällen den Bonus, in denen bei Kindern nach Vollendung des zweiten Lebensjahres eine solche Bescheinigung vorgelegt wurde. Sie sieht keinen Handlungsbedarf.

In der Diskussion ist die CDU-Fraktion der Meinung, dass der sozialen Komponente mit diesem Bonus Genüge getan wurde und spricht sich gegen eine Ausweitung aus.

Die Fraktion Die Grünen hält es für lebensfremd, davon auszugehen, dass Kinder mit dem zweiten Lebensjahr "trocken sind" und spricht sich dafür aus, die Regelung auszudehnen und großzügig zu sein und damit Kinderfreundlichkeit zu zeigen.

Die SPD-Fraktion ist nicht der Auffassung, Kinderfreundlichkeit hieran festzumachen. Sie verweist im Übrigen auf ihre wiederholt geäußerte Kritik an der Müllverwiegung; auch in dieser Diskussion zeige sich wieder die Irrsinnigkeit dieses Systems.

Der Antrag wird bei 6 Stimmen dafür (3 Grüne, 2 Peto, 1 MBM) mit 34 Stimmen (BM, 20 CDU, 13 SPD) abgelehnt.

**Ö 18. 2002/0205 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.05.2002
"Waffenbesitzkarte"**

Zu der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

1. Nach § 1 der Verordnung zur Durchführung des Waffengesetzes ist zuständige Behörde nach dem Waffengesetz und nach den Verordnungen zum Waffengesetz die **Kreispolizeibehörde**.
2. Die gestellten Fragen können seitens der Ordnungsbehörde der Stadt Monheim am Rhein somit nicht beantwortet werden.
3. Die Kreispolizeibehörde führt keine gesonderte Statistik für die Stadt Monheim am Rhein und ist somit auch nicht im Stande, die gewünschten Angaben zu machen.

Aus der CDU-Fraktion kommt die Frage, ob die Verwaltung bei per e-mail eingegangenen Anträgen und Anfragen keine rechtlichen Probleme sieht. Sie schließt evtl. Manipulationen nicht aus und ist der Meinung, dass der bisherige "normale Weg" gewählt werden sollte.

Die Fraktion Die Grünen betont, dass sie aus Zeitgründen diesen Übermittlungsweg gewählt habe und dies eine Ausnahme sei.

Herr Bürgermeister Dünchheim erklärt, dass sein Büro sich bei per e-mail übermittelten Anträgen und Anfragen telefonisch rückversichert.

Herr Bürgermeister Dünchheim unterbricht an dieser Stelle die Sitzung für eine Pause von 21.03 bis 21.16 Uhr.

Ö 19. Mündliche Mitteilungen

**Ö 19.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 17.05.2002
Brandschutzbedarfsplan**

Der Bericht der Verwaltung ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.
Die Verwaltung beantwortet weitere Fragen und sagt zu, im Ausschuss für öffentliche und soziale Angelegenheiten regelmäßig zu berichten.

Ö 20. Mündliche Anfragen

**Ö 20.1 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Dr. Stapper (Grüne)
"Kinderspielplätze"**

Rats Herr Dr. Stapper fragt an, ob und in welchen Intervallen die Verkehrssicherheit der Spielplätze überprüft wird und ob diese Begehungen dokumentiert werden.

Die Verwaltung führt hierzu aus, dass dies in einer Dienstanweisung geregelt ist. Die Spielplätze werden wöchentlich von zwei entsprechend ausgebildeten Mitarbeitern des Betriebshofes überprüft; das Ergebnis wird dokumentiert. Darüber hinaus finden regelmäßige Begehungen durch die Spielgerätehersteller statt. Ein Konzept zum Thema Spielplatzpaten wird demnächst vorgelegt.

Die Verwaltung sagt Herrn Dr. Stapper eine ausführliche schriftliche Beantwortung zu.

**Ö 20.2 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Butschko (CDU)
"Absperrungen anlässlich des Gänseliesellaufs"**

Rats Herr Butschko kritisiert Absperrungsmaßnahmen in der Kirchstraße anlässlich des Gänseliesellaufs und stellt die Frage, ob die Verwaltung diese Situation beim nächsten Gänseliesellauf für die Anlieger entschärfen kann.

Die Verwaltung verneint dies mit dem Hinweis, dass getroffene Absperrungen von jedem Bürger eingehalten werden müssen und Ausnahmen nicht zugelassen werden können.

**Ö 20.3 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Klein (SPD)
"Grünzug Humboldtstraße - Geschw.-Scholl-Straße"**

Rats Herr Klein bezieht sich auf die Aussage der Verwaltung, dass die Grünanlagen im Frühjahr dieses Jahres instandgesetzt werden. Er fragt an, wann mit der Fertigstellung gerechnet werden kann.

Die Verwaltung sagt hierzu eine schriftliche Antwort zu.

**Ö 20.4 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Gronauer (CDU)
"Herrihtung öffentliche Plätze und Spielplätze"**

Rats Herr Gronauer fragt die Verwaltung, ob es möglich ist, den Ratsmitgliedern eine Auflistung zu liefern, aus der hervorgeht, wann welche Plätze hergerichtet werden.
Der Bürgermeister sagt eine solche Übersicht zu.